

Pressemitteilung der Stadtratsfraktion CSU-/BT go!

„Was die SPD – namentlich Frau Stadträtin Christa Müller-Feuerstein – tut, ist unredlich“, sagt Dr. Oliver Junk, Vorsitzender der CSU-/BT go! Fraktion im Bayreuther Rathaus. Die SPD habe erst kürzlich den Einsparvorschlägen der Verwaltung für den laufenden Haushalt geschlossen zugestimmt. Insbesondere sei die SPD dabei auch damit einverstanden gewesen, die geplanten Erweiterungsmaßnahmen für das städtische Wirtschaftsgymnasium (WWG) ins nächste Jahr zu verschieben, um einen genehmigungsfähigen Haushalt erreichen zu können. Nun versuche Müller-Feuerstein mit ihrem jüngsten Antrag, das in Sachen „Hangarbau“ eingesparte Geld für eine Aufstockung des WWG zu verwenden, den fast einstimmig getroffenen Beschluss zur Haushaltskonsolidierung quasi durch die Hintertür wieder zu kippen. Denn die ursprünglich für den Hangarbau vorgesehenen Mittel seien bereits – mit den Stimmen der SPD – zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung eingesetzt worden und können daher nicht noch ein weiteres Mal für das WWG ausgegeben werden. Junks Stellvertreter, Oliver Gerhards, ergänzt hierzu: „Die SPD betreibt eine Politik der Beliebigkeit nach dem Motto „Wünsch dir was“. Da wird beispielsweise den Schulen, der Feuerwehr oder verschiedenen Bürgerinitiativen Geld versprochen, ohne dass man sich darüber Gedanken macht, woher es kommen soll.“ Eine solche verantwortungslose Politik werde es „mit uns aber nicht geben“, stellt Junk klar und weiter: „Die Menschen sind das ewige Hickhack in der Stadtpolitik leid. Statt kurzfristiger Effekthascherei wünschen sich die Bürger eine sachorientierte Politik für alle Menschen. Die Aufstellung des Haushaltes 2009 war angesichts der in dramatischem Umfang weg brechenden Gewerbesteuererinnahmen alles andere als einfach. Es ist dem Oberbürgermeister Dr. Michael Hohl gemeinsam mit seinem Finanzreferenten, Herrn Michael Rubenbauer, trotz der schwierigen Rahmenbedingungen gelungen, ein solides Haushaltskonzept vorzulegen, das die Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadt auch zukünftig sichert. Dieses Konzept wurde vom Bayreuther Stadtrat fast einstimmig beschlossen, wovon die SPD nun nichts mehr wissen will. Mit verantwortungsvoller Politik hat die erneute Kehrtwende jedenfalls nichts mehr zu tun“, so Junk abschließend.